

**Ansprache von Staatssekretär Manfred Palmen,  
Innenministerium des Landes NRW, anlässlich der  
Mitgliederversammlung des Städtetages NRW am 10. Juni 2010**

Ich überbringe Grüße der Landesregierung in einer schwierigen Zeit. Die Landesregierung ist seit gestern nur geschäftsführend tätig – eine neue Landesregierung ist derzeit nicht in Sicht. An dieser Stelle will ich keine Bewertung des Landtagswahlergebnisses vornehmen, auch will ich mich nicht äußern zum Stand der Gespräche zwischen den demokratischen Parteien im Landtag – dies mag den Gesprächen im Foyer vorbehalten bleiben. Aber: wie Berthold Brecht sagt: Der Vorhang geschlossen - und alle Fragen offen.

Im Interesse des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger hoffe ich darauf, dass eine neue Landesregierung so schnell wie möglich gebildet und dass diese neue Landesregierung so schnell wie möglich handlungsfähig wird. Etliche Themen erlauben eigentlich keinen Aufschub - dazu gehört an vorderster Stelle der äußerst schwierige Zustand der kommunalen Haushalte.

Letzter Stand unserer Erkenntnisse:

- 60 % aller NRW-Kommunen (= 254) werden in 2010 über die Ausgleichsrücklage hinaus ihr Eigenkapital angreifen (müssen),
- 40 % aller NRW-Kommunen (= 168) sind sogar so weit, dass sie haushaltssicherungspflichtig werden,
- 30 % aller NRW-Kommunen (= 135) sogar ohne Aussicht auf eine Genehmigung des HSK im Nothaushaltsrecht.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist damit auch im letzten Winkel unseres Landes angekommen. Innen- und Finanzministerium arbeiten seit geraumer Zeit daran, Wege aus der Krise zu entwickeln.

## **Gemeindefinanzkommission**

Die Gemeindefinanzkommission Bund ist im April maßgeblich auf Initiative der NRW-Landesregierung zustande gekommen. Aufgaben der Kommission sind:

- 1.) auf der Basis einer Bestandsaufnahme Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten und
- 2.) darüber hinaus Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung zu erarbeiten.

Wichtigster Punkt aus NRW-Sicht: Zur Begrenzung der ständig steigenden Ausgaben für soziale Leistungen muss es eine nachhaltige finanzielle Beteiligung des Bundes geben. Soziallasten sind der „Sprengsatz“ für die kommunalen Haushalte.

Im Übrigen: Im Gesetzgebungsverfahren zur Neuregelung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch II ist es ganz wesentlich dem Einsatz der Landesregierung zu verdanken, dass der Bundesrat mit Zweidrittel-Mehrheit den Vermittlungsausschuss angerufen hat. Ich setze darauf, dass auch die künftige Landesregierung sich im kommunalen Interesse weiter dafür einsetzen wird, dass sich die Anpassungsformel für die Bundesbeteiligung an den tatsächlichen Kosten orientiert wird. Wir werden uns natürlich auch die Folgen des neuen Sparpaketes für unser Land und unsere Kommunen dabei ansehen.

Die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission Bund sollen noch in diesem Jahr vorgelegt werden. NRW hat als einziges Land zusätzlich eine Gemeindefinanzkommission auf Landesebene eingesetzt. Die Landeskommision hat die gleiche Struktur wie die Bundeskommission, seitens der Landesregierung sind IM, FM und MAGS vertreten. Die Aufgaben sind: Vorbereitung der Arbeit in der Kommission auf Bundesebene und Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Ich stelle fest: die Zusammenarbeit läuft gut.

## **Modernisierung des kommunalen Finanzausgleiches / Umsetzung der Ergebnisse der ifo-Kommission**

Die ifo-Kommission hat nach 12 langen Sitzungen in 21 Monaten ihre Arbeit abgeschlossen. Es war eine sehr konstruktive Zusammenarbeit der Kommissionsmitglieder: Abgeordnete aller Fraktionen, der drei kommunalen Spitzenverbände, der Landschaftsverbände und Vertreter von Innenministerium und Finanzministerium.

Erfreulich: die ifo-Kommission spricht im Abschlussbericht weit über 40 Empfehlungen aus - offensichtlich ist in vielen Fällen gelungen, zu gemeinsamen Einschätzungen zu gelangen. Innenstaatssekretär Brendel als Kommissionsvorsitzender wird den Abschlussbericht noch im Juni dem Landtag zuleiten. Die Arbeit der Kommission ist eine gute Grundlage für die nun anstehenden Umsetzungsentscheidungen, die die neue Landesregierung und der neue Landtag zu treffen haben. Ziel bleibt ein fairer Interessenausgleich unter anderem zwischen großen und kleinen oder armen und reichen Kommunen herzustellen - beide Gruppen sind nicht identisch.

### **Konsolidierungshilfe des Landes**

Meine Zusage - gemeinsam mit dem Finanzministerium in der Gemeindefinanzkommission des Landes abgegeben - steht: Das Land wird eine Konsolidierungshilfe an Kommunen in sehr schwierigen Haushaltslagen leisten.

Viele offene - und alles andere als triviale - Fragen sind noch zu klären: Wer erhält wie viel Hilfe? Welche Kriterien sollen bei dieser Entscheidung herangezogen werden? Sollen ausgelagerte Vermögenswerte berücksichtigt werden? Wenn ja, wie? An welche Bedingungen wird die Hilfe geknüpft und wie wird ihre Einhaltung kontrolliert? Wie wird die Hilfeleistung aufgebracht und organisiert? Wie wird Haushaltskonsolidierung unumkehrbar gemacht?

Klar ist, dass Mittel für die Konsolidierungshilfe bereits im Landeshaushalt 2011 vorgesehen werden und damit vom kommenden Jahr an zur Verfügung stehen sollen. Klar ist weiter, dass es sich um einen mindestens dreistelligen Millionenbetrag handeln muss, dessen genaue Höhe aber noch nicht feststeht. Und klar ist schließlich auch, dass es nicht mit einem einmaligen Betrag getan ist. Ich gehe vielmehr davon aus, dass der Abbau der Fehlentwicklungen der letzten 20 Jahre deutlich mehr als eine Legislaturperiode beanspruchen wird.

Ein deutlicher Hinweis schon jetzt: Für die Hilfeempfänger wird der „Konsolidierungspfad“ kein leichter Weg und kein kurzer Weg - erhebliche eigene Anstrengungen bleiben erforderlich - auch, um die Hilfeleistungen gegenüber denjenigen zu rechtfertigen, die die Mittel dafür mit aufbringen müssen.

Zur Klärung der vielen noch offenen Fragen soll ein Gutachten beitragen, das hoffentlich bald vergeben werden kann. Die Fragestellungen sind inzwischen mit allen drei kommunalen Spitzenverbänden einvernehmlich abgestimmt worden. Es ist vereinbart, dass die kommunala-

len Spitzenverbände über die Arbeit der Gutachter informiert werden. Das Gutachten soll möglichst Anfang November vorliegen.

## **Konjunkturpaket II**

Mit 84 Prozent der Mittel hat das Land Nordrhein-Westfalen den bundesweit höchsten Prozentsatz an die Kommunen weiter geleitet - nirgendwo sonst wurde das Konjunkturpaket so kommunalfreundlich, schnell und wirkungsvoll umgesetzt. Ich bin durchaus auch ein wenig stolz darauf, dass wir gemeinsam Regelungen gefunden haben, die es allen Kommunen unabhängig von ihrer Haushaltslage ermöglichen, von dem Programm zu profitieren.

Wie ist der Umsetzungsstand heute? Bisher sind in 7103 Maßnahmen 2,5 Milliarden Euro, das heißt 88 Prozent, gebunden und inzwischen 515 Millionen Euro ausbezahlt für 770 abgeschlossene Maßnahmen.

Gern nutze ich die Gelegenheit, mich beim Städtetag insbesondere bei Herrn Dr. Articus und Frau Kuban, für seine Kooperation zu bedanken - nicht nur im Zusammenhang mit der eben erwähnten Gutachtenvergabe, sondern auch für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit, sei es in der Gemeindefinanzkommission, in der ifo-Kommission, beim Konjunkturpaket II oder in anderen Zusammenhängen.

Die Amtierende Landesregierung wird sich nicht hinter dem Wahlergebnis verstecken, sie wird sich den aktuellen Problemen nicht entziehen - sie wird sich im Gegenteil allen Herausforderungen stellen - Probleme verlangen Lösungen eher heute als morgen.

Mir liegt daran, möglichst viel von dem vorzubereiten, was die künftige Landesregierung benötigt, um Entscheidungsgrundlagen zu haben - es soll jedenfalls nicht an unserer geschäftsführenden Landesregierung liegen, wenn die Dinge ins Stocken geraten.

Kommunen brauchen schnelle Wege aus der Krise – deshalb wünsche ich uns allen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schnelle und nachhaltige Erfolge, Ihnen eine gute Hand in 2010 und gute Beratungen und das notwendige Augenmaß bei allen anstehenden Entscheidungen und Wahlen.